

Guten Morgen, Gießen!

Wenn ich in meinem Smartphone nach der Wettervorhersage schaue und Gießen eingabe, werden mir dort immer auch einige andere Optionen angezeigt. Denn außer unserem mittelhessischen Gießen gibt es noch ein Gießen in Polling bei Mühlhörn am Inn, das aber wohl nur als kleiner Weiler daherkommt; ebenso weilt ein Gießen in Kressborn am Bodensee und als Teil der Gemarkung Stein im Allgäu ist Gießen auch nicht sonderlich groß. Also alles eigentlich keine wirkliche Konkurrenz für unsere prosperierende Mittelhessenmetropole, die anderen Gießen könnten wir uns theoretisch locker einverleiben, ohne dass es auffiele. Aber die Gegenden, in denen die anderen Gießens liegen, sind natürlich schon recht pittoresk. Und interessanterweise alle auf dem ähnlichen Breitengrad: vom Bodensee übers Allgäu bis hinter München. Schon erstaunlich irgendwie, dass außerhalb von Hessen nur in Bayern so überdurchschnittlich viele Gießen anzutreffen sind. Ob es da wohl irgendwelche Zusammenhänge gibt, die bisher von Heimatforschern und Historikern übersehen wurden? Oder gar totgeschwiegen? Ist unser Gießen am Ende eine Dependence des Königreichs Bayern? Gehört möglicherweise nicht Heinrich von Hessen, sondern Ludwig der Zwote zu unseren Stadtvätern? Damals hießen ja eh alle Könige, Grafen und Fürsten Wilhelm, Ludwig, Heinrich oder Otto, da kann ja schnell mal was durcheinanderkommen. Das erklärt vielleicht auch, warum es in Mittelhessen allerorten Wiesenfeste, Almabtriebe und auf jeder Kirmes Krachlederne gibt. Das ist alles von langer Hand geplant. Joh, Kreuzsacklzement! Do legst di nieda! *Andreas Eikenroth*



Nach dem Angriff auf die Ukraine kam es in vielen Städten zu Demonstrationen – wie hier in Berlin. Foto: Kay Nietfeld/dpa



Trendsport Hula-Hoop: Eine Gießener Studentin tanzt mit dem Reifen.

► **Hochschule/Seite 22**



► **Seite 16**

STADT-REDAKTION

- Telefon**
Sekretariat 06 41/3003-364
- Stadt Gießen**
E-Mail: stadt@giessener-anzeiger.de
Benjamin Lempert (bl) – Leitung -367
Ingo Berghöfer (ib) -360
Frank-Oliver Docter (fod) -362
Jasmin Mosel (jmo) -394
Eva Pfeiffer (ebp) ----
Stephan Scholz (olz) -368
- Kultur**
E-Mail: kultur-ga@vrm.de
Björn Gauges (bj) -363
- Editoren**
Astrid Hundertmark (hm) -372
Sandra Mielke-Wolf (sam) -373
Jens Schmidt (jcs) -374

- Zeitung online:**
www.giessener-anzeiger.de
www.facebook.com/giesseneranzeiger
www.twitter.com/ANZEIGER_NEWS

»Putin will einen Regimewechsel«

Nach dem Angriff auf die Ukraine: JLU-Politikwissenschaftlerin über westliche Fehleinschätzung

VON EVA PFEIFFER

Gießen. Seit Donnerstag führt Russland einen Angriffskrieg auf die Ukraine. Andrea Gawrich ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Integration des östlichen Europa an der Justus-Liebig-Universität und Vize-Direktorin des dortigen Osteuropa-Forschungszentrums »Gießener Zentrum Östliches Europa«. Im Interview spricht sie über die Absichten des russischen Präsidenten und warum man den Krieg nicht losgelöst von der Situation in Belarus sehen sollte.

Ex-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer twitterte, sie sei »wütend«, weil man nach Georgien, der Krim und dem Donbass nichts vorbereitet habe, um Wladimir Putin wirksam abzuschrecken. Hat ihn der Westen falsch eingeschätzt?

Nach meiner Einschätzung haben die westlichen Staaten gedacht, dass Putin sich »zufrieden« geben würde mit einem Szenario von eingefrorenen Konflikten wie in den umstrittenen Territorien in Georgien und Moldau und dass sich sein Interessensraum auf den Osten der Ukraine und die Krim erstreckt. Das – für sich genom-



Andrea Gawrich

men bereits ein Desaster – war eine ganz krasse Fehlkalkulation. Allen hat die Fantasie gefehlt, dass Putin zu einem so massiven Kriegsverbrechen in der Lage ist: Ein Angriffskrieg auf das Nachbarland. Das in diesem Kontext schreckliche Wort der »Denazifizierung« ist ja eine Chiffre dafür, dass Putin einen Regimewechsel möchte. Er will die Kontrolle über ein anderes Land haben – und das hat sich niemand vorstellen können.

Putin hat nicht nur von »Entnazifizierung«, sondern auch von einem angeblichen Genozid an Russen in der Ukraine gesprochen. Wie bewerten Sie solche Aussagen?



Nach dem Angriff auf die Ukraine kam es in vielen Städten zu Demonstrationen – wie hier in Berlin. Foto: Kay Nietfeld/dpa

Er hat eine Fülle von Thesen vorgebracht, die sehr krude und in sich auch widersprüchlich sind. Den Argumenten eines vermeintlichen Genozids oder eines vermeintlichen faschistischen Regimes in Kiew braucht man inhaltlich gar nicht zu vertieft nachzugehen und weiter auf die Spur zu gehen. Das sind alles nur vorgebliche Schlüsselbegriffe für die eigentliche Intention, nämlich ein imperiales größeres Russland (wieder) herzustellen.

Halten Sie es daher für denkbar, dass Putin es nicht bei dem Angriff auf die Ukraine belässt?

Es ist schwierig, darüber zu spekulieren. Wir sind jetzt mehrfach negativ überrascht worden. Meine Vermutung ist, dass er für sein Szenario Belarus und die Ukraine »benötigt«. Denn wir sollten einen Blick zurückwerfen: Nach der Annexion der Krim hatten wir ein Belarus, das sich selber als unabhängiger Vermittler profiliert hat. Dann gab es die belarussische Revolutionsbewegung und nun sehen wir einen angeschlagenen Alexander Lukaschenko, der ganz stark abhängig ist von Russland. Die Unterordnung von Belarus war ein zentraler Baustein für Putin, um als nächsten Schritt die Ukraine destabilisieren zu können. Diese drei Staaten – Russland, Belarus und die Ukraine – muss man beim Verstehen von Putin zusammen denken.

Das heißt, Putin hat vielleicht nicht die Absicht, sich die Ukraine komplett einzuverleiben, sondern aus ihr einen Vasallenstaat wie Belarus zu machen?

Er will einen Regimewechsel in der Ukraine zu seinen Gunsten. Ob er das schafft und was danach passieren würde, ist bislang Spekulation. Was wir sehen, ist eine Neustrukturierung der Sicherheitsarchitektur in der gesamten ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme des Baltikums, denn Putin versucht seit über 20 Jahren, neue Sicherheitsorganisationen aufzubauen. Die »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« war auch eine Antwort auf die NATO-Osterweiterung – eine Art Mini-NATO. China und Russland sind zudem Teil der »Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit«. Das sind zwei zentrale neue Sicherheitsorganisationen in Eurasien, die uns deutlich machen: Das zentrale Ziel ist eine von Russland geprägte Sicherheitsarchitektur in der gesamten Region.

Es gibt Berichte über Anti-Kriegs-Demonstrationen in Russland. Können Sie einschätzen, wie die Stimmung im Land ist?

Das die Zahl der Städte so groß ist, in denen Demonstrationen stattgefunden haben, ist bemerkenswert. Wer in Russland auf die Straße geht, muss um Leib und Leben fürchten. Man weiß nicht, wie

und wo man in den Gefängnissen landet, welche Haftstrafen auf einen zukommen werden. Der Repressionsapparat ist enorm. Natürlich wird der Sicherheitsapparat versuchen, Massendemonstrationen zu unterdrücken. Ich finde es sehr bewundernswert und mutig, dass Teile der russischen Bevölkerung auf die Straße gehen. Aber ich bin zurückhaltend, inwieweit das große Wirkung entfalten kann.

Wird es seitens der ukrainischen Widerstand gegenüber Russland geben bei einer längeren Besetzung?

Über längere Besetzungsszenarien trauen wir uns ja gar nicht wirklich nachzudenken. Dass es die ukrainische Gesellschaft in der Euromaidan-Revolution eine zentrale Dialog-Plattform mit Russland, trotz aller Differenzen. Sie hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zum Monitoring der Lage in der Ostukraine geleistet. Der Europarat hat Russlands Mitwirkungsrechte am Freitag suspendiert. Als nach der Annexion der Krim lediglich die parlamentarische Versammlung die Mitwirkungsrechte der russischen Delegation für einige Jahre suspendierte, war Putin durchaus erzürnt und hat Druck ausgeübt, bis die Delegation 2019 wieder zugelassen wurde. Diesmal, so lässt sich vermuten, hat er auch diese Form von Sanktion im Vorfeld mit einkalkuliert.

große Binnenflüchtlingsbewegung hatten, was für die ukrainische Gesellschaft bereits eine große Belastungsprobe ist.

Die EU hat weitere Sanktionen beschlossen. Ist das zu wenig?

Ich habe mich sehr gewundert, dass Swift nicht Teil des Sanktionspaketes war, weil ich nicht sehe, worauf man noch warten will. Sanktionen haben immer zwei Adressaten: Nach innen die eigene Gesellschaft, um zu zeigen, dass man bereit ist zu reagieren, und nach außen den eigentlichen Sanktionsadressaten. Dort entfalten Sanktionen ja häufig erst mit Zeitverzögerung Wirkung. Was im Diskurs bislang fehlte, waren die OSZE und der Europarat. Die OSZE war bislang eine zentrale Dialog-Plattform mit Russland, trotz aller Differenzen. Sie hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zum Monitoring der Lage in der Ostukraine geleistet. Der Europarat hat Russlands Mitwirkungsrechte am Freitag suspendiert. Als nach der Annexion der Krim lediglich die parlamentarische Versammlung die Mitwirkungsrechte der russischen Delegation für einige Jahre suspendierte, war Putin durchaus erzürnt und hat Druck ausgeübt, bis die Delegation 2019 wieder zugelassen wurde. Diesmal, so lässt sich vermuten, hat er auch diese Form von Sanktion im Vorfeld mit einkalkuliert.

Foto: Anja Schaal

»Befürchten instabile Lage«

IHK-Präsident erwartet wirtschaftliche Auswirkungen



Rainer Schwarz
Foto: IHK

Gießen (paz). Die Eskalation im Ukraine-Konflikt wird auch für die heimische Wirtschaft Konsequenzen haben. »Aktuell sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Entwicklungen in Russland und der Ukraine auf den IHK-Bezirk noch nicht zu überblicken. Es gibt allerdings durchaus eine Reihe von Firmen im Landkreis Gießen, im Wetteraukreis sowie im Vogelsbergkreis, die nach Russland exportieren«, betont Rainer Schwarz, Präsident der IHK Gießen-Friedberg, auf Anfrage des Anzeigers. Die Palette sei dabei breit gestreut und reiche von

Maschinenbau über Bauwirtschaft bis hin zum Großhandel. »Wir befürchten eine instabile Lage, die im weiteren Verlauf nicht nur die Preise von Gas

und Öl nach oben treiben wird. Auch sehen wir, dass die Unsicherheit, die sich ausbreitet, die Unternehmen ausbremst.« Dies gelte erst recht vor dem Hintergrund eines »nie dagewesenen inszenierten Angriffskrieges von Wladimir Putin auf einen souveränen Staat mitten in Europa, der jegliches Vertrauen auf völkerrechtliche Normen und eine geltende Weltordnung und damit auch Wirtschaftsordnung zerstört hat.« Dieses Vertrauen zurückzugewinnen, werde eine der schwierigsten Herausforderungen über Jahre hinweg sein.

In eigener Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Vom 1. April 2022 an wird Ihr Abonnement im gesamten Verbreitungsgebiet monatlich 44,90 Euro kosten. Studenten zahlen bei Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung einen Sonderpreis von 22,95 Euro. Das E-Paper kostet dann monatlich 26,90 Euro. Der Einzelverkaufspreis am Kiosk beträgt ab dem 1. April 2022 montags bis donnerstags 2,40 Euro, freitags und samstags 2,50 Euro. Wesentlicher Grund der Preiserhöhung sind die sprunghaft gestiege-

nen Energie- und Papierpreise sowie die Erhöhung des Mindestlohns im Laufe des Jahres um 22,2 Prozent. Für Abonnenten, die uns ein SEPA-Mandat erteilt haben, wird der neue Preis mit der nächsten Fälligkeit automatisch wirksam. Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihnen weiterhin eine informative und anregende Tageszeitung liefern. Mit besten Grüßen Ihr Team vom Gießener Anzeiger